



Almut Möller

Brexit and Beyond : zur Zukunft der Europäischen Union

In: Nida-Rümelin, Julian / Daniels, Detlef von / Wloka, Nicole (Hrsg.): Internationale Gerechtigkeit und institutionelle Verantwortung. – ISBN: 978-3-11-061586-9. - Berlin: De Gruyter, 2019. S. 195-203

(Forschungsberichte / Interdisziplinäre Arbeitsgruppen, Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften ; 41)

Persistent Identifier: [urn:nbn:de:kobv:b4-opus4-31573](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:kobv:b4-opus4-31573)

Die vorliegende Datei wird Ihnen von der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften unter einer Creative Commons Attribution-NonCommercial-ShareAlike 4.0 International (cc by-nc-sa 4.0) Licence zur Verfügung gestellt.



Almut Möller

Brexit and Beyond: Zur Zukunft der Europäischen Union

Der 29. Oktober 2004 markierte einen besonderen Moment politischer Dignität in der Geschichte der europäischen Integration. In Rom unterzeichneten die damals 25 Mitgliedstaaten den „Vertrag über eine Verfassung für Europa“, erarbeitet von einem Konvent aus Vertretern der Regierungen und nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten und Beitrittskandidaten (darunter auch die Türkei) sowie des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission. Der sperrige Titel des völkerrechtlichen Vertrags war irreführend, denn der Konvent hatte in Anlehnung an die „Erklärung von Laeken zur Zukunft der EU“ der Staats- und Regierungschefs aus dem Jahr 2001 nicht mehr und nicht weniger im Sinn als die Verabschiedung einer Europäischen Verfassung.

In diesem Verfassungsprozess bündelte sich gleichsam der Rückenwind der epochalen Umbrüche in Europa durch den Fall des Eisernen Vorhangs 1989 in einem konstitutionellen Moment, der die europäische Integration zum Beginn des Jahrtausends auf eine qualitativ neue Stufe stellen sollte. Mit den negativen Referenden in Frankreich und den Niederlanden im Jahr 2005 fand die Europäische Verfassung ein abruptes Ende, wenn auch ihre Substanz weitestgehend in den daraufhin ausgehandelten und im Jahr 2007 unterzeichneten Vertrag von Lissabon überführt wurde.

1 Eine Dekade der Ernüchterung

Nur 15 Jahre später erscheint der Verfassungsentwurf wie ein Relikt aus längst vergangenen Zeiten. Von konstitutionellen Höhenflügen sind die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten derzeit weit entfernt. Der Vertrag von Lissabon markierte nicht nur eine neue Nüchternheit hinsichtlich der Reformfähigkeit des Systems Europäische Union, sondern auch den Beginn einer Dekade krisenhafter Entwicklungen, die das innere Gefüge der Europäischen Union nachhaltig verändert und die EU gleich vor mehrere Zerreißproben gestellt haben.

Diese Entwicklungen vollziehen sich sowohl von innen als auch von außen (und stehen in Interaktion miteinander). Jede für sich genommen hätte schon ausreichend Potenzial, die Europäer auseinanderzutreiben:

Die EU-Mitglieder rangen in der letzten Dekade um Lösungsansätze im Umgang mit der „Euro-Krise“, das heißt die Staatsschulden- und Wirtschaftskrise

innerhalb der Währungsunion, ausgelöst durch die globale Banken- und Finanzkrise. Während Berlin und Paris sich immer noch nicht auf eine nachhaltige Reform der Governance der Eurozone geeinigt haben, sind die durch die Eurokrise ausgelösten wirtschaftlichen und politischen Verwerfungen innerhalb und zwischen den Mitgliedstaaten erheblich. Teil dieser Kontroversen ist auch eine neue deutsche Frage, die Ulrich Beck bereits im Jahr 2012 eindringlich adressiert hat (Beck 2012). Zwischenzeitlich haben die Mitglieder der Eurozone sogar in den Abgrund eines möglichen Auseinanderbrechens der Währungsunion geblickt, was die Selbstsicherheit der Europäer über die Stabilität des europäischen Projekts erschüttert hat.

Die Krise im Umgang mit einer bisher beispiellosen Zahl an Flüchtlingen, welche die EU-Mitgliedstaaten im Jahr 2015/2016 erreichten, hat in drastischer Weise die Unzulänglichkeiten gemeinsamen europäischen Handelns offenbart. Ihre Auswirkungen reichen bis tief in die Identitäten der europäischen Gesellschaften hinein und haben sich vielerorts, so auch in Deutschland, zum innenpolitischen Spaltpilz entwickelt.

Ursächlich im Zusammenhang mit diesen beiden Krisen steht das Referendum in Großbritannien über die Zukunft der Mitgliedschaft des Landes in der EU, das im Juni 2016 eine knappe Mehrheit für den Austritt brachte. War die Europäische Union seit ihrer Gründung auf Wachstum angelegt (ihre Mitgliederzahl hat sich von sechs auf 28 nahezu verfünffacht), tritt mit Großbritannien voraussichtlich im Frühjahr 2019 das erste Land aus der Europäischen Union aus. Es ist nicht auszuschließen, dass der Austritt in einem sogenannten „hard Brexit“ erfolgt, das heißt in einem unregelmäßigen Verfahren, so dass die negativen Folgen sowohl für Großbritannien als auch für die EU kaum abgefedert werden können.

Die Europäische Union macht die sogenannten Kopenhagener Kriterien – Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Pluralismus, Schutz von Minderheiten und eine soziale Marktwirtschaft – zur Grundlage für einen Beitritt. Diese Werte vertritt die EU auch gegenüber Drittstaaten, und zwar mit einigem Selbstbewusstsein. Deshalb sind die Rückschritte im Bereich von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in EU-Mitgliedstaaten – vor allem in Polen und Ungarn – so gefährlich für den Bestand der EU insgesamt. Diese Entwicklungen zeigen aber auch, mit welchen fundamentalen Themen die EU und ihre Mitglieder inzwischen konfrontiert sind. Exemplarisch sei auf die Arbeiten von Jan-Werner Müller verwiesen, der sich bereits frühzeitig mit dem Thema der Abkehr von Mitgliedstaaten von den Kopenhagener Kriterien beschäftigt und Strategien zur Einhegung dieser Tendenzen für die EU entwickelt hat (Müller 2013).

Gleichzeitig hat sich das internationale Umfeld, in dem die Europäische Union und ihre Mitglieder agieren, nicht zu ihren Gunsten entwickelt. Die Europäer sehen sich durch die völkerrechtswidrige Annexion der Krim von Moskau

herausgefordert, sie spüren die schwindende Bindungswirkung internationaler regelbasierter Ordnungen und eine Rückkehr des Rechts des Stärkeren in die internationalen Beziehungen. Das Welthandelsregime, von dem die EU und allen voran Deutschland in besonderer Weise profitieren, wird vom Präsidenten der Vereinigten Staaten derzeit offen in Frage gestellt. Die Europäer müssen nun unter Beweis stellen, inwieweit sie europäische Handelsinteressen auch in Konfrontation mit den USA vertreten können. Können sich die Europäer in dem Politikfeld, in dem sie bis heute eindrucksvoll zeigen konnten, dass sie gemeinsam stark sind, nicht behaupten, so käme dies einer weiteren existenziellen Krise gleich.

Die EU ist in diesem Umfeld als System ganz grundsätzlich herausgefordert. Als eine Institution, die Entscheidungen auf der Basis von Zusammenarbeit und Konsens trifft, ist sie auf den Zusammenhalt ihrer Bürger und ihrer Mitgliedstaaten angewiesen, um effektiv Politik betreiben zu können. Diese supranationale Form strukturierter Zusammenarbeit macht die EU zunehmend zu einer Exotin in der internationalen Politik, in der das Verständnis von internationaler Zusammenarbeit als der freiwilligen Kooperation souveräner Staaten wieder an Raum gewinnt, zuletzt auch mit einigem Getöse in den Vereinigten Staaten von Amerika. Washington hat dabei auch seiner jahrzehntelangen Politik der Anerkennung der Europäischen Union als wirtschaftlichem und politischem Schirm, unter dem sich die Einigung des europäischen Kontinents vollzieht, den Rücken gekehrt.

Die Europäische Union scheint nun zu durchleben, was Mark Leonard in einem Essay ein „Galapagos-Moment“ (Leonard 2017) genannt hat: Die EU habe einen universalen Anspruch, habe sich jedoch vergleichbar mit der Artenvielfalt auf den Galapagosinseln in einem geschützten Biotop entwickelt. Ihr Modell habe sich inzwischen als nur bedingt übertragbar erwiesen und sei grundlegend reformbedürftig. Wenige der gegenwärtigen Debattenbeiträge zur Reform der Europäischen Union haben die Radikalität von Ulrike Guérot's Utopie einer „Europäischen Republik“ (Guérot 2016), wie sich überhaupt die Debatte derzeit weniger auf die institutionellen und systemischen Fragen der Europäischen Union fokussiert. Denn es ist fraglich, ob die Regierungen der bald 27 Mitgliedstaaten noch den politischen Willen mobilisieren können und wollen, der für eine grundlegende Reform – wie auch immer sie im Detail aussähe – notwendig wäre. Jürgen Habermas sieht hier in erster Linie ein Versagen der politischen Eliten (Habermas 2018).

In einer ganzen Reihe von Ländern, nicht zuletzt in Deutschland, gibt es Tendenzen der (Re-)Nationalisierung durch neue Parteien und Bewegungen, die schon heute Spuren in der Europapolitik hinterlassen. Der wohl unvermeidliche Austritt der Briten aus der EU im Frühjahr 2019 ist derzeit das anschaulichste Beispiel. Den befürchteten Domino-Effekt der britischen Abstimmung hat es zwar bisher nicht gegeben. Im Gegenteil haben die EU-27 erstaunlich schnell die Reihen

geschlossen. Grundsätzlich ist es ein eher unwahrscheinliches Szenario, dass die EU mit einem Knall auseinanderbricht. Aber es ist nicht auszuschließen, dass die Aushöhlung der EU als politisches System von innen fortschreitet, weil die politische Mitte durch innere Blockaden wegbricht und so die Handlungsfähigkeit des Systems fundamental aufs Spiel gesetzt wird. Die EU könnte in einem solchen Szenario durchaus weiterbestehen, würde aber nicht mehr oder nur noch punktuell zur Lösung von Problemen beitragen. Die europäischen Institutionen würden schlicht an Relevanz verlieren, und europäische Zusammenarbeit würde sich vermutlich wieder stärker in bilateralen Beziehungen zwischen europäischen Hauptstädten oder in Gruppen von Ländern manifestieren.

Die Europawahlen im Mai 2019 werden eine entscheidende Wegmarke in der Entwicklung der europäischen Institutionen bilden. Wird es den Kräften der Mitte gelingen, auch in Zukunft stabile Mehrheiten zu bilden, die eine starke Kommission hervorbringen und tragen können? Oder wird das Europäische Parlament zersplittert und ohne starke Mitte aus den Wahlen hervorgehen und damit die eigene institutionelle Delegitimation und die des gesamten Systems EU vorantreiben? Dieser Gedanke allein sollte all denen ausreichend Motivation sein, die bisher ihr Wahlrecht zum Europäischen Parlament nicht genutzt haben, ihre eigene Zukunft und die ihres Landes aber im Rahmen der Europäischen Union sehen.

2 Zusammenhalt wieder stärken

Die vergangene Dekade könnte allerdings rückblickend auch als der Moment in die Geschichte der EU eingehen, in dem die Europäer angefangen haben, ernsthaft Lehren aus den Krisen zu ziehen und Kraft für eine Erneuerung ihrer Union zu finden. Dazu müssen sie jedoch die tiefen Gräben, die innerhalb und zwischen den Mitgliedstaaten aufgebrochen sind, in den Blick nehmen. Keiner der oben skizzierten Konflikte ist bisher hinreichend aufgearbeitet, weder durch eine zukunftsweisende Politik noch durch eine Heilung der Verwundungen und des Vertrauensverlusts, den die Krisen hinterlassen haben und der die Zusammenarbeit nun zusätzlich erschwert. Zwar ist es inzwischen ein Gemeinplatz, diese Konflikte in Gegensätzen wie „Krisengewinner“ versus „Krisenverlierer“, „Nationalisten“ versus „Kosmopoliten“ oder „Öffnung“ versus „Abschottung“ zu beschreiben. Was aber wissen wir wirklich über den Zustand des Zusammenhalts in der EU? Wo liegen die Hauptkonfliktlinien und inwieweit trägt die einigende Wirkung der EU-Mitgliedschaft noch, die der Philosoph und Historiker Luuk van Middelaar einmal als „unique political glue“ der Union beschrieben hat (Van Middelaar 2014, S. xi)?

Der EU Cohesion Monitor, ein Instrument zur Messung des Zusammenhalts in der EU, den der European Council on Foreign Relations (ECFR) in den vergangenen Jahren entwickelt hat, versucht den Begriff des „Zusammenhalts“ zu definieren und für die europapolitische Praxis zu operationalisieren (EU Cohesion Monitor 2017).¹ Der Monitor unterscheidet 32 Faktoren, die den Zusammenhalt zwischen Bürgern und Staaten beschreiben, und aggregiert diese in zehn Indikatoren für jeden der 28 Mitgliedstaaten. Die jüngsten vorliegenden Daten nehmen die Veränderungen des Zusammenhalts in der EU in der letzten Dekade, von 2007 bis 2017, in den Blick – zweifellos einer der entscheidenden Entwicklungsmomente in der Geschichte der Staaten und Gesellschaften der Europäischen Union (vgl. hier und im Folgenden Janning 2018).

In der Gesamtschau der Ergebnisse des EU Cohesion Monitor zeigen sich zwei Scheidelinien des Zusammenhalts: Die eine verläuft zwischen Ost und West, die zweite zwischen Norden und Süden. Diese Befunde bestätigen auf den ersten Blick die aktuellen Konfliktlinien der Europapolitik, bieten aber gleichzeitig einen neuen Zugang zu deren Analyse an.

Die Kluft zwischen Ost und West zeigt sich mit Blick auf die strukturellen Faktoren europäischen Zusammenhalts. Diese Faktoren erfassen die Verflechtung unter den Staaten auf der Makroebene. Dazu gehören Resilienz, wirtschaftliche Verflechtung, Finanzierung, Geographie und Nachbarschaft, der Grad der Integration in die EU-Politiken und das Thema Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich.

Mit Ausnahme von Zypern und Österreich wiesen alle EUStaaten östlich von Deutschland im Jahr 2017 höhere Werte an strukturellem Zusammenhalt auf als noch 2007. Den stärksten Anstieg an strukturellem Zusammenhalt verzeichnen (in absteigender Folge) Ungarn, Rumänien, Polen, die Slowakei, Lettland, Litauen und Bulgarien (auf demselben Niveau), gefolgt von Malta und Estland. Im Ergebnis hat die Entwicklung dieser Staaten die Kluft zwischen Ost und West geschlossen, die 2007, kurz nach dem Beitritt von 12 Ländern Mittel-, Ost- und Südeuropas 2004 und 2007, noch deutlich sichtbar war. Ein Jahrzehnt später finden sie sich allesamt mit relativ hohen strukturellen Werten wieder.

Signifikant aber ist der Verlust an strukturellem Zusammenhalt im Westen der EU. Diejenigen Faktoren, die das Wachstum strukturellen Zusammenhalts im Osten getragen haben – wie die Finanzflüsse aus dem EUHaushalt, die zunehmende Integration in den Binnenmarkt oder der Beitritt zu Kernbereichen der

¹ Alle Datensätze, die dieser Analyse zugrunde liegen sowie die Grundlagen zur Methodologie des EU Cohesion Monitor finden sich unter <http://www.ecfr.eu/eucohesionmonitor>, abgerufen am 11.12.2018.

Integration wie der Währungsunion oder dem SchengenRaum – haben sich im Westen seit 2007 kaum verändert. Die zusammenhaltfördernde Wirkung dieser Faktoren ist hier weitgehend konsumiert. Vielmehr hat die Finanz und Schuldenkrise die Resilienz und die wirtschaftliche Entwicklung geschwächt und damit zugleich auch die KoFinanzierung von Investitionen durch die EU vermindert. Den so erzeugten Rückgang strukturellen Zusammenhalts zeigt der EU Cohesion Monitor in absteigender Folge vor allem für folgende sechs Staaten: die Niederlande, Italien, Spanien, Großbritannien und Portugal.

Da auch Frankreich einen Rückgang an strukturellem Zusammenhalt aufweist, bewegen sich nun vier der sechs großen EUStaaten in die entgegengesetzte Richtung zum Osten der EU. Während Deutschlands Position in diesem Datensatz bisher nahezu unverändert bleibt, wächst in der EU nicht nur die Kluft zwischen Ost und West, sondern es schrumpft auch der strukturelle Zusammenhalt in für Deutschland wesentlichen Partnerländern.

Die zweite große Scheidelinie verläuft zwischen Norden und Süden im Bereich des individuellen Zusammenhalts. Individueller Zusammenhalt speist sich in der Definition des EU Cohesion Monitor aus zwischenmenschlichen Bezügen und individuellen Erfahrungen. Dazu zählen die Begegnung mit dem „Anderen“ etwa durch Reisen oder Spracherwerb, die Beteiligung an und die Ergebnisse von Wahlen und Abstimmungen, generelle Einstellungen zur EU wie das Vertrauen in ihre Institutionen sowie der Grad der Zustimmung zu Politikfeldern, die europäisch organisiert werden oder werden sollen. Europas Süden hat über die zurückliegenden zehn Jahre erheblich an individuellem Zusammenhalt eingebüßt, am stärksten in Griechenland und Italien, aber auch in Frankreich und Spanien. Bedeutsam aus deutscher Sicht an dieser Kluft ist, dass mit Italien, Frankreich und Spanien drei der großen EUStaaten in beiden Dimensionen des Zusammenhalts, strukturell und individuell, verloren haben. Kritisch erscheint diese Entwicklung vor allem für Italien, wo der kombinierte Rückgang größer ausfällt als irgendwo sonst in der EU – und dies in einem Land, das über viele Jahre zu den integrationsfreundlichsten Mitgliedstaaten zählte.

Ein weiteres Muster im Verlust von Zusammenhalt zeigt sich in Bezug auf die sechs Gründerstaaten der EU, zu denen neben Frankreich, Italien und den Benelux-Ländern auch Deutschland gehört. Sie haben die Nähe eingebüßt, die sie noch vor Ausbruch der Finanzkrise aufwiesen. 2007 lagen alle sechs Länder auf der Landkarte des Zusammenhalts noch recht nah beieinander. Die Krisen und Entwicklungen des Jahrzehnts bis 2017 haben dieses Muster aufgelöst. Italien und Frankreich zeigen insgesamt schwachen Zusammenhalt, während Belgien und Luxemburg einiges und die Niederlande viel an strukturellem Zusammenhalt verloren haben. Umgekehrt hat der individuelle Zusammenhalt in allen drei BeneluxStaaten wie auch in Deutschland zugenommen. Im Ergebnis haben sich die

Gründerstaaten in nahezu entgegengesetzte Richtungen auseinanderentwickelt. Italien befindet sich auf der Landkarte der Zusammenhaltmatrix nun in Nachbarschaft zu Großbritannien. Belgien und die Niederlande haben sich zwar Deutschland angenähert – es wird aber niemanden verwundern, dass das Potenzial dieses Trios für die Gestaltung der Europapolitik begrenzt ist.

Die Auswirkungen der Flüchtlingskrise 2015/2016 auf den europäischen Zusammenhalt können die bisher erhobenen Daten bisher zwar nur ansatzweise erfassen, sie eröffnen aber erste Einblicke. Unter den Indikatoren für individuellen Zusammenhalt reagieren vor allem die Indikatoren Einstellungen und Wahlverhalten auf die Flüchtlingskrise. Der Indikator „Einstellungen“, der die generelle Haltung der Menschen zur EU erfasst, steigt allerdings interessanterweise zwischen 2014 und 2017 EUweit leicht an. Die positive Entwicklung zeigt sich besonders in großen Staaten sowie unter den wohlhabenden kleineren EUMitgliedern. Die Werte für die VisegrádStaaten (Polen, Slowakei, Tschechische Republik und Ungarn) weisen dagegen in die entgegengesetzte Richtung. Den stärksten EUkritischen Stimmungsumschwung verzeichnen seit 2014 die Tschechische Republik, Rumänien sowie die Slowakei und Polen.

Die Gesamtschau des EU Cohesion Monitor verweist insgesamt deutlich auf diejenigen Staaten und Regionen, in denen niedrige bzw. schwindende Zusammenhaltswerte das Bindegewebe der europäischen Integration strapazieren. Dieser Effekt wird am sichtbarsten im Bereich des individuellen Zusammenhalts. Zugleich sind es genau diese Staaten, die den Zusammenhalt der Europäer insgesamt belasten: Großbritannien durch den konfliktreichen Prozess des Austritts aus der EU nach dem Referendum im Juni 2016; die Visegrád-Staaten durch ihre Blockadehaltung in der Migrationspolitik; Griechenland und Italien durch ihr anhaltendes Defizit im Bereich struktureller Reformen. Es gibt zu denken, dass offenbar niedriger Zusammenhalt auf der Ebene der Bürger einhergeht mit der Unterstützung integrationskritischer oder integrationsfeindlicher Politik. Längerfristig verengt dieser Effekt den Raum des Interessenausgleichs in der Europapolitik.

Ungeachtet der wachsenden Unterschiede im Zusammenhaltsprofil der EU-Staaten ist der individuelle Zusammenhalt zwischen 2007 und 2017 insgesamt immerhin leicht gestiegen, und dies trotz tiefgreifender Umbrüche und Krisen und kontroverser Debatten über die Zukunft der EU. Zwar schwanken einige der Faktoren für individuellen Zusammenhalt deutlich, vor allem im Indikator „Engagement“, doch andere zeigen sich recht stabil. Die Indikatoren, mit denen der Monitor die Erfahrungen und Begegnungen von Menschen sowie ihre Haltung zu den Leistungen von Integration erfasst, haben im Untersuchungszeitraum die Ausschläge im Wahlverhalten ausgeglichen – ihr Gewicht wog in der Summe schwerer als die Gewinne der populistischen Parteien und die Zunahme EUkri-

tischer Einstellungen. Programme, die Kompetenzen, Erfahrungen und das gemeinsame Handeln von Menschen stärken, können europäischen Zusammenhalt offenbar auf der Mikroebene bewahren und fördern.

Einer der wesentlichen Faktoren, so argumentiert der EU Cohesion Monitor, an dem sich die Zukunft der Europäischen Union entscheiden wird, ist die Entwicklung des Zusammenhalts zwischen den Staaten und Gesellschaften der Europäischen Union. Damit verschiebt sich auch der Rahmen, innerhalb dessen die Weiterentwicklung und Reform der Europäischen Union diskutiert wird. Seit der Einheitlichen Europäischen Akte (1987) bildeten vereinfacht gesprochen die sogenannten „Regierungskonferenzen“ (und zuletzt der Konvent) den Rahmen für die Zukunftsdebatte in der EU. Die nachfolgenden Vertragsreformen von Maastricht, Amsterdam, Nizza und schließlich Lissabon wurden zwar nicht völlig abgekoppelt vom politischen Raum, jedoch in erster Linie systemisch-institutionell gedacht. Der Weg für eine Veränderung der Europapolitik führte über die Reform der europäischen Grundlagenverträge.

Dieses diplomatisch-technokratische Verständnis von Reformen ist in der letzten Dekade einem politischen Verständnis gewichen. Anders ausgedrückt: Wenn eine Regierungschefin heute zu einem Treffen des Europäischen Rates nach Brüssel reist, dann hat sie nicht nur die Akten ihrer engsten Mitarbeiter im Gepäck, sondern auch die Erwartungen und die Aufmerksamkeit ihrer Wähler. Die Rückbindung des Regierungshandelns an den Souverän wurde im Angesicht der Krisen der vergangenen Jahre gestärkt. Dies ist eine gute Nachricht für all diejenigen, die sich für eine Stärkung demokratischer Praktiken in der Europapolitik einsetzen. Einfacher ist das gemeinsame europäische Handeln dadurch nicht geworden.

Der Hebel zur Veränderung der EU ist nun in erster Linie die Fähigkeit, in europäischer Perspektive Mehrheiten zu bilden. Der französische Präsident Emmanuel Macron erscheint als einer der ersten einer neuen Generation europäischer Politiker, die dieses Mehrebenensystem auch in politischer Perspektive durchdringen. Macron hat seine Reformagenda für Frankreich und Europa stets in Verknüpfung gedacht und in der Konsequenz die verschiedenen Arenen für die politische Auseinandersetzung abgesteckt: mit seinen Ambitionen für eine Erneuerung der deutsch-französischen Zusammenarbeit und weiterer bilateraler Beziehungen, mit dem Ansinnen, das ritualisierte Koalitionsverhalten der politischen Mitte im Europäischen Parlament zu dynamisieren, mit seiner Agenda für Reformen in Frankreich selbst.

Die Zukunft der Europäischen Union wird sich nicht mehr wie im 20. Jahrhundert um Konferenztische herum entscheiden, sondern in Wahlen und Abstimmungen. Wenn es den Europapolitikerinnen und -politikern nicht gelingt, die zentrifugalen Kräfte, die die Krisen der vergangenen Dekade freigesetzt haben, wieder einzufangen und eine starke politische Mitte zu bauen, dann ist nicht

gewiss, dass die Europäische Union eine Zukunft besitzt. In seinem Essay *Euro-padämmerung* stellte Ivan Krastev nüchtern fest, dass man „die politische, kulturelle und wirtschaftliche Zusammenarbeit [...] nicht vollständig einstellen“ werde, „aber der Traum eines freien und geeinten Europa [...] ausgeträumt sein [dürfte]“ (Krastev 2017).

Die Wahlen zum Europäischen Parlament im Frühsommer 2019 werden die wichtigsten seit der ersten Direktwahl im Jahr 1979 sein. Hier wird sich entscheiden, ob die Europäerinnen und Europäer willens sind, ihre Union zu verteidigen, indem sie von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen und der Delegitimierung der EU-Institutionen entgegenwirken.

Bibliographie

- Beck, Ulrich (2012): *Das deutsche Europa. Neue Machtlandschaften im Zeichen der Krise*. Berlin: Edition Suhrkamp Digital.
- EU Cohesion Monitor (2017): „An Assessment of Cohesion in the 28 Member States of the European Union“. <https://www.ecfr.eu/eucohesionmonitor>, abgerufen am 11.12.2018.
- Guérot, Ulrike (2017): *Warum Europa eine Republik werden muss! Eine politische Utopie*. Bonn: J.H.W. Dietz Nachf.
- Habermas, Jürgen (2018): „Sind wir noch gute Europäer?“. In: *Die ZEIT* 28/2018 vom 5.07.2018.
- Janning, Josef (2018): „Crisis and Cohesion in the EU: A Ten-Year Review“. ECFR Policy Brief 245, February 2018. https://www.ecfr.eu/page/-/ECFR-_245_-_Crisis_and_Cohesion_-_A_10_Year_Review_Janning_WEB.pdf, abgerufen am 13.12.2018.
- Krastev, Ivan (2017): *Europadämmerung. Ein Essay*. Berlin: Suhrkamp.
- Leonard, Mark (2017): „Europas Galapagos-Moment. Persönliche Gedanken zur Zukunft der EU“. In: *Internationale Politik* 3, Mai/Juni 2017, S. 68–77.
- Möller, Almut/Janning, Josef (2016): „Leading from the Centre: Germany's New Role in Europe“. ECFR Policy Brief 183, July 2016. https://www.ecfr.eu/page/-/ECFR_183_-_GERMAN_LEADERSHIP2.pdf, abgerufen am 13.12.2018.
- Möller, Almut/Janning, Josef (2018): „Was Europa verbindet. Stärkerer Zusammenhalt in der EU ist machbar, aber Berlin muss mehr tun“. In: *Internationale Politik* 3, Mai/Juni 2018, S. 32–37.
- Möller, Almut/Pardijs, Dina (2017): „The Future Shape of Europe. How the EU Can Bend Without Breaking“. ECFR Flash Scorecard, March 2017. https://www.ecfr.eu/page/-/ECFR206_THE_FUTURE_SHAPE_OF_EUROPE_-_HOW_THE_EU_CAN_BEND_AND_NOT_BREAK.pdf, abgerufen am 08.12.2018.
- Müller, Jan-Werner (2013): *Wo Europa endet. Ungarn, Brüssel und das Schicksal der liberalen Demokratie*. Berlin: Edition Suhrkamp Digital.
- Van Middelaar, Luuk (2014): *The Passage to Europe. How a Continent Became a Union*. New Haven, London: Yale University Press.